

GEMEINSAMER AUFRUF

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR HAUSANGESTELLTE!

„Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ – ab 1. September 2014 auch in Deutschland?

Am 1. September 2014 tritt in Deutschland das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ in Kraft. Dadurch sollen die Arbeitsbedingungen der weltweit über 50 Millionen Beschäftigten in Privathaushalten verbessert werden. Mehr als 80% sind Frauen und viele davon Migrantinnen. Hausangestellte übernehmen Pflegetätigkeiten für ältere Menschen oder betreuen Kinder; sie bügeln, putzen, führen den Haushalt, erledigen Gartenarbeiten. In Deutschland werden Hausangestellte überwiegend stundenweise, informell und unangemeldet oder in geringfügiger Beschäftigung beschäftigt. Mangelnde soziale Absicherung, unregelmäßige Arbeitszeiten und Niedriglöhne bis hin zur Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in einzelnen Fällen sind Probleme der bezahlten Haushaltsarbeit.

Durch Ratifizierung des Übereinkommens 189 hat Deutschland sich verpflichtet Maßnahmen zu ergreifen, um die Förderung und den wirksamen Schutz der Menschenrechte aller Hausangestellten sicherzustellen. Auch wenn die Rechtssituation in Deutschland bereits weitgehend den Anforderungen des Übereinkommens entspricht, käme Deutschland de facto dieser Verpflichtung dann nicht nach, wenn bestehende Rechte von Hausangestellten nicht eingehalten und geschützt werden. Das gilt insbesondere für Migrantinnen als Pflegekräfte in Privathaushalten, aber auch für stundenweise in Schwarzarbeit beschäftigte Reinigungskräfte. Recht auf dem Papier ist noch keine effektive Rechtsdurchsetzung. Eine offensive Politik, die im Sinne des Übereinkommens die Augen vor Rechtsverstößen und der weit verbreiteten Prekarität dieser Arbeitsverhältnisse nicht länger verschließt, ist dringend notwendig.

Wichtig zur Umsetzung des Übereinkommens sind beispielsweise folgende Maßnahmen:

- Klarstellung und Neuformulierung von § 18 Abs.1 Nr.3 Arbeitszeitgesetz, um dem in der Öffentlichkeit häufig verbreiteten falschen Verständnis entgegenzutreten, dass die mit Pflege und Versorgung beschäftigten Hausangestellten, die im Privathaushalt ihrer Arbeitgeber leben, nicht unter das Arbeitszeitgesetz fallen.
- Schaffung von Alternativen zu Minijobs in Privathaushalten und die Beseitigung der Abgabenprivilegierung von Minijobs.
- Entbürokratisierung des Anmeldeverfahrens zur Sozialversicherung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Privathaushalten oberhalb der Minijobs.
- Förderung von Dienstleistungspools oder Agenturen, die qualifizierte Haushaltsdienstleistungen bei gleichzeitig fairen Beschäftigungsbedingungen bieten.
- Verbesserung der Beratungs- und Unterstützungskonzepte für Hausangestellte. Die Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung sollten insbesondere für irregulär beschäftigte Migrantinnen in Pflegehaushalten verbessert werden. Die Einrichtung eines Rechtshilfefonds oder auch eines Verbandsklagerechts für Organisationen von Hausangestellten sind Möglichkeiten dazu.

Initiatorinnen: Prof. Dr. Kirsten Scheiwe, Dr. Karin Jurczyk, Eva M. Welskop-Deffaa

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

- Lucia Artner, Universität Hildesheim
- Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher, Professorin für Soziologische Theorie und Sozialanalyse, Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz
- Dr. Sabine Beckmann, Universität Bremen
- Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback, Universität Hamburg
- Petra Borrmann, Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros
- Beate Born, Vizepräsidentin Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB)
- Prof. Dr. Margrit Brückner, i.R., Fachhochschule Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Maria Busche-Baumann, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim
- Cornelia Coenen-Marx, Oberkirchenrätin, Leitung Referat Sozial- und Gesellschaftspolitik, Evangelische Kirche in Deutschlands (EKD)
- Prof. Dr. Bernhard Emunds, Nell-Breuning Institut der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main
- Dr. Marita Estor MR'in a.D.
- Johannes Flothow, Diakonisches Werk Württemberg, FairCare, Stuttgart
- Dr. Christine Fuchsloch
- Prof. Dr. Claudia Gather, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
- Prof. Dr. Birgit Geissler, Universität Bielefeld
- Prof. Dr. Ute Gerhard, Bremen
- Janina Glaeser, Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt und an der Université de Strasbourg
- Dr. Hildegard Hagemann, Referat Entwicklung, Deutsche Kommission Justitia et Pax, Bonn
- Sabine Harles, Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee e.V.
- Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Institut für Christliche Sozialwissenschaften, Universität Münster
- Lisa-Marie Heimeshoff, Universität Kassel
- Sylvia Honsberg, Bundesfrauensekretärin, Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt
- Dr. Karin Jurczyk, Abteilungsleitung Familie und Familienpolitik, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
- Prof. Dr. Eva Kocher, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
- Dr. Johanna Krawietz, Universität Hildesheim
- Christine Kronenberg, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern der Stadt Köln, Köln
- Dr. Anne-Christin Kunstmann, Universität Bielefeld
- Prof. Dr. Simone Leiber, Professorin für Sozialpolitik, Fachhochschule Düsseldorf

- Prof. Dr. Julia Lepperhoff, Professur für Sozialpolitik, Evangelische Hochschule Berlin
- Frank Luck, Universität Basel
- Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Hildegard Müller, Sprecherin des Sachbereichs 3, Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Berlin
- Christiane Reckmann, Bundesvorsitzende Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), Berlin
- Prof. Dr. Maria S. Rerrich, Hochschule München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, München
- Prof. Dr. Birgit Riegraf, Allgemeine Soziologie, Universität Paderborn
- Christel Riemann-Hanewinkel, Präsidentin Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie e.V., Berlin
- Michaela Rosenberger, Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, Hamburg
- Prof. Dr. Kirsten Scheiwe, Professur für Recht sozialer Dienstleistungen, Universität Hildesheim
- Dr. Insa Schöningh, Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie e.V., Berlin
- Edith Schwab, Bundesvorsitzende Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV), Berlin
- Ingrid Sehrbrock, Vorsitzende von XertifiX e.V., Bergfelde
- Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch, artec-Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Bereich Arbeit und Gesundheit, Bremen
- Prof. em. Dr. Helga Spindler, Professur für Sozial- und Arbeitsrecht, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Universität Duisburg-Essen
- Regina-Dolores Stieler-Hinz, Bundesvorsitzende Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.
- Prof. Dr. Barbara Thiessen, Hochschule Landshut
- Stefanie Visel, Universität Hildesheim
- Stefanie A. Wahl, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bamberg am Lehrstuhl Theologische Ethik, Alumna der Global Labour University
- Eva M. Welskop-Deffaa, ver.di Bundesvorstand, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ressort Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Berlin
- Dr. Maria Wersig, Hochschule Hannover
- Prof. Dr. Carsten Wippermann, Katholische Stiftungsfachhochschule München, Delta-Institut für Sozial- und Ökologieforschung GmbH, Penzberg
- Dr. Michael Wrase, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

Verschiedene der unterzeichnenden Personen und Organisationen forschen zu diesem Thema oder sind mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Bereich der Sorgearbeit („care“) tätig und engagieren sich für die Rechte der Hausangestellten. Sie stehen auch für Pressegespräche zur Verfügung. Informationen zu diesen Projekten und Aktivitäten finden Sie auf den folgenden Internetseiten:

Care-Manifest <http://care-macht-mehr.com/>

20. DGB Bundeskongress, Beschluss „Für gute Arbeit im Privathaushalt“ <http://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++e16ea1e4-db72-11e3-a066-52540059119e>

Diakonisches Werk Württemberg, Projekt FairCare <http://www.diakonie-wuerttemberg.de/rat-und-hilfe/faircare/>

Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie <http://www.eaf-bund.de>

Forschungscluster Care@Work Universität Hildesheim <http://www.uni-hildesheim.de/careatwork/>

Forschungsprojekt „Regulierung des Arbeitsplatzes Privathaushalt“, Universität Hildesheim <http://www.uni-hildesheim.de/index.php?id=7692> Prof. Dr. K. Scheiwe, Dr. J. Krawietz, S. Visel

Forschungsprojekte „Ausländische Pflegekräfte in Privathaushalten“ und „Domestic Workers“, Nell-Breuning-Institut <http://www.sankt-georgen.de/nbi/forschung/aktuelle-projekte/>

Forschungsprojekt „Geschlechtergerechte Care-Arrangements in Wohn-Pflegegemeinschaften? Studie zur Neuverteilung formeller, informeller, professioneller und semiprofessioneller Pflegeaufgaben“, Universität Paderborn, Prof. Dr. Birgit Riegraf, Dr. Romy Reimer

Rechtsgutachten Prof. Dr. Eva Kocher „Hausarbeit als Erwerbsarbeit: Der Rechtsrahmen in Deutschland“, Hans Böckler Stiftung http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2012-524-3-1.pdf

Medienkontakt:

Pressestelle der Universität Hildesheim, Isa Lange
presse@uni-hildesheim.de
Tel: 05121/883-90100 und 0177/8606905

Eva M. Welskop-Deffaa, Mitglied im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Tel. 030/6956-1011 oder -1012 (ver.di-Pressestelle)

V.i.S.d.P.: Prof. K. Scheiwe, Martin-Boyken-Ring 36, 31141 Hildesheim